

Verantwortl. Redakteur: J. B. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Hansen & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thiemer, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 23. Oktober. Soweit aus den im Entwurf zum Reichshaushaltsetat für 1890-91 ausgeworfenen Positionen für Neubauten von Kasernen ersichtlich ist, würden namentlich auch in Folge der Formation zweier Armeekorps folgende Truppenverlegungen in Aussicht genommen sein: Die Verlegung von 4 Eskadrons Kavallerie nach Saarbrücken, eines Kavallerie-Regiments nach Mühlhausen, einer reitenden Abteilung Feldartillerie nach Dagebüll, eines weiteren Bataillons Infanterie nach Straßburg i. E., einer Abteilung Feldartillerie nach St. Amand, einer Abteilung Feldartillerie, einer Trainkompagnie, sowie die Heranziehung der für das Bionierbataillon Nr. 16 bestimmten Trains nach Metz, einer Infanterie-Brigade nach Mörchingen und noch eines Kavallerie-Regiments nach Saarburg; die Verlegung eines Bataillons Infanterie nach Allenheim, 3 Eskadrons Kavallerie nach Gumbinnen, 2 Bataillons Feldartillerie, sowie 2 Eskadrons Kavallerie nach Jüterbog, eines Bionier-Bataillons nach Königsberg i. Pr., eines Kavallerie-Regiments nach Gnesen, zweier Eskadrons des 1. Infanterie-Regiments von Pr. Stargard nach Danzig, woselbst das ganze Infanterie-Regiment vereinigt werden soll, sowie zweier Trainkompagnien ebenfalls, eines Kavallerie-Regiments, einer reitenden und einer Feldartillerieabteilung nach Graudenz, zweier Bataillone Infanterie nach Osterode, zweier weiterer Bataillone Infanterie nach Znojowitz und eines Bataillons Infanterie nach Darmstadt. Die Garnison Gießen soll von 3 Eskadrons Kavallerie verfährt werden, die von Danau ein Kavallerie-Regiment, die von Stettin um 2 Pionierkompagnien mit Brückentrain und Korps-Telegraphen-Abteilungen. In Stolz soll das ganze Infanterie-Regiment Nr. 5 vereinigt werden, von Danzig soll auch die 4. Eskadron des 1. Dragoner-Regiments nach Karlsruhe verlegt werden.

Die Abg. Dr. Barth und Riefert haben mit Unterstützung der freisinnigen Partei dem Reichstag folgenden Gesetzentwurf, betreffend **Änderung und Ergänzung des Wahlgesetzes** für den deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 eingebracht: Artikel 1. An Stelle der §§ 10, 11 und 16 des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 treten folgende Bestimmungen: § 10. Das Wahlrecht wird persönlich durch Stimmzettel ohne Unterzettel ausgeteilt. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem anderen Kennzeichen versehen sein. Der Wähler hat in einem **amtlich abgestempelten**, mit keinem sonstigen Kennzeichen versehenen und unversiegelt gehaltenen Umschlag, dessen Form gleichmäßig für alle Wahlkreise vom Bundesrat festgesetzt wird, den Stimmzettel zu überreichen. § 11. Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Kandidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Hervorhebung zu versehen. § 11a. Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß jeder Wähler beim Erscheinen im Wahllokal zunächst vom Wahlvorsteher oder einem von diesem Beauftragten den abgestempelten Umschlag entgegennimmt und darauf in einem der Beobachtung unzugänglichen und mit dem Wahllokal in unmittelbarer Verbindung stehenden Raum den Stimmzettel in den Umschlag steckt. Der so formverrichtete Stimmzettel hat der Wähler direkt dem Wahlvorsteher zu übergeben, welcher den Umschlag mit dem darin befindlichen Zettel in die Wahlurne legt. Jeder Wähler muß den abgestellten Raum vor der Stimmabgabe betreten. Niemand darf sich in diesem Raum aufhalten, so lange der Wähler darin ist, und Niemand darf auf dem Wege zu diesem Raum und zur Wahlurne mit dem Wähler in Beziehung treten. Die Wahlkandidaten sind berechtigt, auf ihren Namen lautende Stimmzettel in dem abgestellten Raum zur Vermittlung für die Wähler auslegen zu lassen. Jeder Wahlvorsteher ist zu solcher Auslegung verpflichtet, sobald ihm 24 Stunden vor Beginn der Wahlhandlung Stimmzettel zu jenem Zweck überhandelt werden. § 16 wird dahin ergänzt, daß auch die Kosten für die Herstellung der Umschläge von den Gemeinden getragen werden.

In der heutigen Sitzung des Reichstages stellte sich leider wiederum die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus. Es waren, wie bereits mitgeteilt, nur 195 Mitglieder anwesend, so daß nach vier an der zur Beschlußfähigkeit erforderlichen Ziffer fehlten. In den einzelnen Fraktionen ist es heute das Verhältnis zwischen Anwesenden und Abwesenden wie folgt und zwar fehlten von den:

78 Deutschkonserwativen	18
38 Mitgliedern der Reichspartei	17
103 Zentrum-Abgeordneten	59
93 Nationalliberalen	54
35 Deutschfreisinnigen	16
14 Christl. Vorhänger	14 (1)
13 Polen	12
11 Sozialdemokraten	4

— Jetzt liegt auch der im Reichsamt des Innern verfertigte Antrag aus den **Verträgen sämtlicher deutscher Gewerbetreibender** vor. Er hat gegen den des Vorjahres beträchtlich an Umfang gewonnen. Von einem Generalbericht kann hier nicht mehr die Rede sein. Mit dem Umfang ist freilich auch der Preis gestiegen, ungefähr um 2 Mark. Das gebundene Exemplar kommt auf 7 Mark 10 Pf. zu stehen gegen 5 Mark 15 Pf. im Vorjahre. Bei diesem Preise kann selbstverständlich nicht auf einen Abzug der amtlichen Mitteilungen in Arbeiterkreisen gerechnet werden, und das ist sehr zu bedauern. Gerade die Arbeiter haben ein Interesse an diesen Veröffentlichungen. Man sollte sich wenigstens entschließen, die Originalberichte der Gewerbetreibenden, von denen jetzt jeder Einzelstaat wieder eine im Wesentlichen unverkürzte Gesamtabgabe veranstaltet, für jeden einzelnen Bezirk besonders abzugeben. Das hat sich andernorts auch bewährt und ist auch für den Abzug der Rechte vorteilhaft gewesen. Auf den Hauptweg der letzten Berichte ist bereits hingewiesen worden. Aus der jetzt für das ganze Reich erfolgten Veröffentlichung ergibt sich, daß die Zahl der im Alter von 12 bis 14 Jahren in Fabriken beschäftigten Kinder gegen das Jahr 1886 sich um 1860 vermehrt hat. Damals wurden von verarbeiteten Kindern im Ganzen 21,053 zur Fabrikarbeit verwendet, im Jahre 1888 22,913. Die Steigerung ist nur gering, sie ist auch geringer als im Jahre 1886, wo gegen das Jahr

1884 eine Steigerung von 2171 beobachtet wurde. Immerhin ist schon die Thatfache, daß, so lange wir amtliche und umfassende Ermittlungen über den Stand der Kinderarbeit in Fabriken haben, die Zahl der im Alter von 12-14 Jahren mit Fabrikarbeit Beschäftigten im langsamen Wachsen begriffen ist, höchst bedauerlich. Allgemein wurde das Gegenteil angenommen, zumal die früher wohl behauptete „Unentbehrlichkeit der kleinen Hände“ längst als unbegründet nachgewiesen ist. Es ist hauptsächlich das Königreich Sachsen, wo die Kinderarbeit noch in umfassendem Maße stattfindet. Sachsen ist auch diesmal wieder in erster Linie an der Zunahme beteiligt. Von dem Zuwachs, der gegen das Jahr 1886 stattfand, entfallen 1304 auf Sachsen allein, also mehr als 2/3. Offenbar gelingt es noch in dieser Session, hier Wandel zu schaffen.

— Während die Sozialdemokraten das **Koalitionsrecht** für sich auf das anschießigste auszuüben und in allen ihren Veranlassungen Koalitionen fassen, welche auch die Beseitigung der wenigen, ihrem Zusammenschluß noch etwa im Wege stehenden gesetzlichen Bestimmungen anstreben, finden sie nicht scharfe Worte genug, um die Arbeitgeber zu tadeln und als Selbstschädiger, welche ihre soziale Ueberlegenheit mißbrauchend, hinzustellen, wenn diese von denselben Rechte, das die Koalitionsfreiheit ihnen gewährt, Gebrauch machen. So wird es in der sozialdemokratischen Organen als „merkwürdig“ hingestellt, daß die Innungsmeister beschließen haben, schwarze Listen der unzulässigen Stellen anzufertigen; denn die „Freiheit und Rechte der Arbeiter werden völlig illusorisch, sobald der Unternehmer daran denkt, von seiner überlegenen Macht Gebrauch zu machen und die Arbeiter zu zwingen, nach seinem Willen zu thun oder sich ins Elend stürzen zu lassen“. Welche eine Begriffsverwirrung spricht aus diesem Verhalten! Wenn die Führer der Sozialdemokraten Enquete bei Unternehmern veranstalten zu dem ausgesprochenen Zweck, „Unbefugnisse aufzudecken“, also schwarze Listen anzufertigen; wenn Führer und „Beauftragte“ jener Partei auf Grund der Aussage eines einzelnen Arbeiters Fabriken sperren und die „Koblenkommission“ öffentlich bekannt macht: „Zugut ist fernzuhalten“, wenn die Streik-Kommission, wie dies jetzt üblich wird, auch die Sperre über solche Betriebe verhängt, welche Arbeiter übernehmen, die von „Sperren“ Fabriken aus anderen Orten, ja aus anderen Landesteilen, ihnen überweisen werden; wenn Streiks angezettelt werden, um mißliebige Beamte zu entfernen, Fabrikformungen zu nichte zu machen oder nach anderer Richtung den Unternehmer zu zwingen, nach dem Willen der Arbeiter zu thun — so proklamieren die Sozialdemokraten das als ihr gutes Recht. Wenn aber die Arbeitgeber nun ihrerseits behufs ihrer Verteidigung gegen genau denselben Mittel greifen, wenn sie, was wir ihnen sehr verdenken würden, sich nicht gutwillig den „Anwerbungen“ der sozialdemokratischen Zeitung fügen wollen, dann erhebt sich das Geschrei: „Die Rechte der Arbeiter sind bedroht!“ — In dem das Gerüchterschlagwerk der Sozialdemokraten ganz und gar geschwunden, daß sie nicht einsehen, wie sie durch solche widersinnigen Deklamationen in die Irre geführt werden?

— In dem Halbjahre vom 1. April bis 30. September 1889 sind in den **Verenren des deutschen Reiches** 722,114 Stellvertreter reiner Altkohls bereitgestellt worden. In den freien Betrieben wurden in demselben Zeitraum nach Entrichtung der Verbrauchsabgabe von 50 Pfennige für 1 Liter reiner Altkohls übergeführt 450,232 Hektoliter, mit 70 Pfennige Verbrauchsabgabe 544,139 Hektoliter.

— S. M. S. „Leipzig“, Kommandant Kapitän zur See Blüdemann, mit dem Geschwader „Chef, Komre, Admiral Deinhard an Bord, ist am 22. Oktober in Wien eingetroffen und am demselben Tage wieder in See gegangen.

— In Betreff des **Attentats auf den Prinzen Wilhelm von Württemberg** wird ferner gemeldet:

Der Attentäter ist ein Sohn des pietistisch-protestantischen früheren Landtags-Abgeordneten für Marbach, Eugen Müller, eines Fabrikanten in Dethlingen, der 1878 gestorben ist. Der Verbrecher, Namens **Martin Müller**, der erst Kaufmann, dann Gerber war, wird als verdorbener, seit Jahren zu schlechten Streichen geneigter Mensch geschildert, der auch bereits verschiedene Verbrechen verübt habe. Seine Willkür, welche das Geschäft des Vaters, eine Wollspinnerei, fortführen, wollten in letzter Zeit Zeichen der Geistesstörung an ihrem Bruder beobachtet haben.

— In **Petersburg** sollen, wie der „Schles. Ztg.“ von dort geschrieben wird, **wichtige Personalveränderungen** bevorstehen. Der Bruder des Kaisers, Großfürst Vladimir, wird Statthalter im Kaukasus, und der Herzog von Oldenburg dessen Nachfolger im Oberkommando der Truppen des Petersburger Militärbezirks. Ferner verläßt seinen schweren, überaus verantwortungsvollen und aufreibenden Dienst auch der Statthalter General Greiser; er tritt in den wohlverdienten Ruhestand und wird Mitglied des Reichsrates. Sein Nachfolger wird Generalmajor **Nikolai von Möwes**, z. Z. Kommandeur des Pawlow'schen Leib-Garde-Regiments. Letzterer ist bekannt als ein wahrhaft vornehmer Mann, der auch, dank seinem beträchtlichen Vermögen, eine Unabhängigkeit genießt, die gerade auf diesem Posten höchst werthvoll ist. General Greiser entstammt den Offizier-Provinzen und ist lutherisch. Die Familie **Möwes ist katholisch** und gehört nicht den Offizier-Provinzen an.

— Nach **japanischen Blättern** ist es die Absicht des Grafen Inoue, Minister für Handel und Landwirtschaft, als solcher abzuscheiden und eine **große Bank in Osaka zu gründen**. Das Kapital wird 10,000,000 Yen betragen, und zwar soll ein Teil dieser Summe deutsches Kapital sein; auch soll ein **deutscher Finanzier** mit der theilweisen Leitung der Bank betraut werden.

Köln, 23. Oktober. Ueber die Kölner Kaffee-firma **Voiffree-Langen** wurde nunmehr, laut „Köln. Volksztg.“, der Konturs beantragt.

Hamburg, 22. Oktober. Der Inspektor des städtischen Bombards ist nach Anordnung der Staatsanwaltschaft auf Grund der Aussage des Untersuchungs-Gefangenen Mügge, welcher bekanntlich nach seiner Entlassung von 60,000 Mark nach Amerika entflohen war und in New York verhaftet wurde, ebenfalls verhaftet worden. Der Inspektor wird der Mitwisserschaft an den Mani-

pulationen des Mügge bezichtigt. Eine von ihm gebotene Kaution von 1000 Mark, um seine Freilassung zu erwirken, wurde nicht angenommen. — Die Ausbaggungs-Arbeiten im Lauenburger Hafen haben plötzl. eingestellt werden müssen, weil die Elbe unvorbereitet bedeutend angeschwollen ist. Es hat für den Ansehn, als ob die Sandbänke im tiefen Hafen vor Einbruch des Winters nicht zu beseitigt werden können. Auch die im Mai eingestürzte Mauer am Hafen ist noch nicht wieder aufgeführt und der mit Einsturz drohende andere Teil dieser Mauer hat wegzugehen hohen Wasserstandes nicht mehr gespart werden können. Der Platz im dortigen Hafen, welcher für überwinternde Schiffe übrig bleibt, ist noch el. bedrängter als im vorigen Winter. Dagegen die Uferbauten an der Eisenbahn-Drehbrücke i. Holsdorf fertig und geben der Strömung eine bessere Richtung, so daß die Schwierigkeiten, welche sich früher bei durchgehenden Schiffen entgegenstellten, jetzt wesentlich vermindert worden sind. Unterhalb der Eisenbahnbrücke sind die Uferbauten noch nicht vollendet. In der Elbe arbeitet gegenwärtig noch ein kleiner Dampfbooger zur Vertiefung des Fahrwassers zwischen der Eisenbahn-Mündung und der Eisenbahnbrücke. In Wasserstand der Elbe ist heute zwar etwas gefallen, wird aber in den nächsten Tagen wohl wieder steigen, da die Nebenflüsse bedeutende Wassermengen zuführen.

Chemnitz, 23. Oktober. Durch Vermittlung des Amtshauptmanns F. Fischer ist der **Streik der Strumpfwarenarbeiter** in Dabheim beendet; es sind 10 bis 15 Prozent Lohnerhöhung gewährt worden. Dagegen machen sich in anderen Orten der umliegenden Gebirgsgegenden in der Strumpfwaren-Branche bemerkbar.

Münster, 23. Oktob. Die Umwandlung der hiesigen **Pinzfabriken** in eine **Aktien-Gesellschaft** ist beabsichtigt. Die Verwaltung übernimmt die finanzielle Unterstützung des Unternehmens.

Stuttgart, 23. Oktober. Laut Meldung des Staatsanwalzers für Württemberg hat der Staatsminister von Württemberg die Eisenbahn-Direktion angewiesen, sofort mit den **Vorarbeiten zu den Bahnhöfen in Unterföhring, Juffenhäuser und Juffenhäuser Hafen** zu beginnen, um den Stuttgarter Bahnhof zu entlasten.

Stuttgart, 23. Oktober. Der König und die Königin sind heute aus Friedrichshafen hier angekommen.

Ludwigsburg, 23. Oktober. Die gestrige **Schuldung der Stadt** verlief unter großer Begeisterung. Überbaurmeister Abel brachte dem **Prinzen Wilhelm** gegenüber die Gesinnungen der Bevölkerung zum Ausdruck, während der General „Am dankt Alle Gott“ erwiderte. Prinz Wilhelm dankte in bewegten Worten für die Anhänglichkeit und Treue, welche nur geeignet sei, das Band zwischen Königsfamilie und Volk noch mehr zu festigen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 23. Oktober. Gegen den von der **Gemeinde Podgora** in Krain geplanten **Ueberritt zur orthodoxen Kirche** ist ein **Einschreiben der staatlichen Faktoren** angeordnet worden; aus Kallach wurden der Staatsanwalts-Stellvertreter und der Rathsekretär des Landesgerichts behufs einer Untersuchung nach dort entsendet.

Belgien.

Brüssel, 22. Oktober. Die **französische Regierung** ernannte den Brüsseler Gesandten **Bouree** zum Unter-Direktor im Ministerium des Innern und Gergodon zum Delegierten der Afrika-Konferenz.

Brüssel, 23. Oktober. Heute fand im Akademie-Palast eine Versammlung von Industriellen unter dem Vorsitz des Ministers Debruyne statt, welche die Veranstaltung einer **belgischen Ausstellung in London** bezweckt.

Mons, 22. Oktober. In einem an alle Direktoren des Kohlenbeckens von Mons gerichteten Schreiben fordert der Arbeiter-Bund unter Hinweis auf die glänzende Lage der Industrie eine 20prozentige Lohnerhöhung.

Frankreich.

Paris, 21. Oktober. In der neuen Kammer giebt es **zwei Majoritäten und zwei Minoritäten**. Die beiden ersten bestehen aus einer recht republikanischen Mehrheit von etwa 300 Personen und aus einer gemischten von 210 bis 240 Mitgliedern, die unter Umständen bis 300 anwachsen können. Die eine der Minoritäten setzt sich aus 200 Extrem-Radikalen, Bonapartisten und Boulangisten zusammen, während die andere Minorität, die „minorité excentrique“, wie man sie bereits nennt, aus vielleicht 200 oder 210 bis 220 Deputierten aller Oppositions-Gruppen besteht, die aber plögl. und bei besonderen Veranlassungen zusammenhalten werden. Hieraus werden unsäße Verhältnisse sich ergeben und die Führer der Republikaner und Gemäßigten-Konservern wissen sehr wohl, daß es vor allen Dingen erforderlich ist, eine Majorität sich zu schaffen, auf die man wenigstens für einige Monate sich stützen kann. Leon Say hat, so viel ich weiß, den regen Wunsch gehabt, Präsident der Deputierten-Kammer zu werden; er erfährt jedoch sehr bald, daß er vielleicht nicht die Initiative zu diesem Plane auszuführen haben würde, sondern daß ganz andere Personen, die er für untergeordnet hielt, die Leitung bekommen würden, so daß er, unter diesen Umständen zur Kammer-Präsidentschaft gelangt, nur das Werkzeug eines mächtigeren Beschüßers sein würde. Diese Erkenntnis war Leon Say aber sehr un bequem, und aus ihr entspringt die in meinem vorigen Briefe erwähnte unwürdige Haltung Say's. Herrn Leon Say steht als starker Führer und ein Mann von völlig anderer sozialer Stellung der neue Deputierte von „Seine und Marne“, **Graf Greffühle** gegenüber. Derselbe könnte, wenn er wollte, Kräfte um sich sammeln, die kein anderer Parlamentarier aufzuweisen hätte. Unter den neu gewählten Konservern giebt es viele **völlig unabhängige Leute**, die zwar nie eine politische Rolle gespielt haben und von der parlamentarischen Lage nicht das mindeste verstehen, die aber ihrem ganzen Charakter nach Männer sind, mit deren Hilfe in der Kammer eine Partei geschaffen werden könnte, die gar bald von großer Bedeutung werden dürfte. Bis zur Stunde glaubte

man zwar, diese Kräfte würden niemals zu einer Vereinigung gelangen, da ihnen der Leiter fehle. Jetzt aber hat es ganz den Anschein, als ob Graf Greffühle sehr mit der Konzentration dieser Kräfte beschäftigt sei. Großgrundbesitzer, mächtige Industrielle und reiche Fabrikanten, die durch Heirath mit den einflussreichsten Familien Frankreichs in Verbindung stehen, haben fast täglich, sei es in Paris, sei es auf dem Lande, Zusammenkünfte, bei denen Graf Greffühle eine bewundernswürdige Autorität ausübt und die Fundamente zu einem Bau legt, an den man früher nicht im mindesten gedacht hat. Wenn diese neuen Kräfte sich wirklich konzentriren und ohne viel Lärm um das Elche sich scharen, so gehen wir einer neuen Periode der modernen französischen Geschichte entgegen.

Paris, 21. Oktober. Der **Präsident der Republik** hat sofort nach dem Eintreffen der Nachricht von dem Tode des Königs von Portugal an seinen Sohn **Carlos I.** ein Telegramm abgefaßt, in welchem er die lebhafteste Theilnahme Frankreichs und der Regierung der Republik an seinem Schmerze ausdrückt. In Erwiderung hierauf richtete Carlos I. folgende Depesche an Herrn Carnot: „Ich danke Ihnen aus tiefstem Herzen für den Theil, welchen Sie an meinem unerwarteten Schmerze nehmen. Carlos I.“

Das Gerücht ist neuerdings verbreitet, Herr **Carnot** sei entschlossen, sich in Kürze nach **Toulon** zur Befichtigung des Mittelmeer-Geschwaders und von hier aus nach **Algerien** zu begeben.

Einer **offiziösen Note** zufolge ist es unrichtig, daß der Minister des Innern das italienische Kabinett davon verständigt habe, er wäre geneigt, einen neuen modus vivendi des Regimes der **Handelsbeziehungen** anzunehmen.

Der Baute-Minister **Jules Guyet** beabsichtigt, neben dem Projekte der Metropolitanbahn, welches gegenwärtig von dem Conseil supérieur des ponts et chaussées geprüft wird, noch zwei bedeutende Gesetzentwürfe dem Ministerath zu unterbreiten. Dieselben handeln von der **Verlegung des Bahnhofs** von Sceaux nach dem Carrefour de Meudon und des Bahnhofs von Meudon nach der Esplanade des Invalides. Die Durchführung dieser Arbeiten erfordert einen Kostenaufwand von 14 Millionen. Die Regierung dürfte diese Entwürfe im Beginne der Session einbringen.

Großbritannien und Irland.

London, 21. Oktober. Die **Arbeiterbewegung in London** veranlaßte gestern verschiedene Rundgebungen. In Deptford versammelten sich die Angehörigen des dortigen internationalen Viehmarkts und protestirten gegen die von Mr. Carnot-Ministerium verhängte Aufrechterhaltung des Verbots gegen die Landung lebenden Viehs aus Schleswig-Holstein. Eine in Deptford abgehaltene Versammlung von Hausanfreichern und Dekorateur protestirte gegen die Verwendung belgischer Arbeiter in einem Londoner Theater. Der Anstand und die Arbeitssperre in Silbertown gab zu einer Arbeiterkundgebung in Victoria-Park Veranlassung. An den Eingangsportalen zum Victoria-Park fand gestern Nachmittag eine Massenversammlung von circa 2000 Arbeitern, meist **Eisenbahn-Angestellten**, zwecks Unterstützung des neuen allgemeinen Eisenbahnarbeiter-Vereins statt. Dieser Verein erstrebt 1) kürzere Arbeitszeit; 2) bessere Bezahlung und 3) bessere Bedingungen im Allgemeinen. H. B. Rogers präsidirte. Der bekannte John Burns beantragte eine Resolution, erklärend, daß zur Erlangung der obengenannten Ziele die Zeit gekommen sei, daß die Eisenbahnarbeiter sich organisiren und die Versammlung sich verpflichte, dem neuen Gewerkeverein beizutreten. Jedes Gewerke sollte einen Gewerkeverein haben, und dann könnten alle so geschaffenen Vereine sich föderiren und einen Verwaltungsrath ernennen, der danach sehen würde, wie die Interessen der Gewerkevereine als solche am besten zu schützen und dauernd zu verbessern seien. Die Eisenbahn-Angestellten Englands zählen 360,000 und die „Almagamirte“ Gesellschaft von Bahnanstellten“ habe nur 13,000 Mitglieder, aber eine Bilanz zu ihren Gunsten von 80,000 Pfund. Die Beiträge seien zu hoch und die Gewerkschaft sei nur eine Kranken- und Sterbefasse. Die Arbeitszeit müße auf 54 Stunden die Woche ermäßigt, der Lohn um 3 Sh. die Woche erhöht werden und die Arbeiter sollten eben so viel verdienen wie die höheren Beamten haben. Sie verlangten auch gleiche Zahlung für Ueberzeit. Wenn der Verein nur 40,000 Mann zähle, würde ein Ultimatum desselben sofort die Gesellschaften zum Nachgeben zwingen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

London, 22. Oktober. Im auswärtigen Amte fand gestern ein **Ministerrath** statt, an welchem sich Lord Salisbury, der erste Lord des Schatzamtes Smith, der Schatzkanzler Goschen und der Obersekretär für Irland, Vaseour, theilnahmen. Nach der fast zweistündigen Verhandlung empfing Lord Salisbury die Vorkämpfer Irlands und Deutschlands und pflog mit denselben längere Besprechungen. — Die Beratungen in Hannover zwischen Mr. Gladstone und den anderen Führern der liberalen Partei fanden gestern nach mehrstündiger Dauer ihren Abschluß. Mr. Gladstone begiebt sich heute nach Southport, am morgen bei einer liberalen Kundgebung daselbst eine Rede zu halten, der in politischen Kreisen mit großer Spannung entgegengeesehen wird, da in derselben voraussichtlich ein ergänztes Programm der liberalen Partei das Licht der Öffentlichkeit erblicken wird.

Der Vorkonferenzen des „Manchester Guardian“ will wissen, daß als Ergebnis der Konferenzen die **Entscheidung und Entfröndung der Kirche in Wales** im Programm der Liberalen einen hohen Platz erhalten wird.

London, 22. Oktober. Der seit Monaten gehegte Plan, das obere Zambezi-Gebiet und von da den breiten Streifen Afrika, der sich zwischen der Kolonie und dem Kongolande mit dem Seegebiete hinzieht, unter englischen Einfluß zu bringen und damit ein britisch-afrikanisches Reich zu gründen, das an Ausdehnung und natürlichen Reichtum und Reichthümern Indien in Schatten stellt, ist plögl. zur vollendeten Thatfache geworden. Die Königin hat in Balmoral mit einem Federzuge ihr Reich um 400,000 Quadratmeilen vermehrt, und der Bissen ist so groß, daß trotz aller Afrika-Hungers den Organen der öffentlichen Meinung augenblicklich

der Athem genommen ist. Keines der Abendblätter vermochte sich zu ermannen, die von der „Times“ gemeldete Thatfache zu erwähnen, und wir dürfen es morgen zu hören bekommen, was die Presse zu dieser jüngsten Grünbung mit ihren weitreichenden Folgen zu sagen hat.

Vorläufig mag es genügen, darauf hinzuweisen, daß sich die Spitze der ins Leben gerufenen, unter britischen Schutz gestellten künftigen südafrikanischen Gesellschaft in erster Reihe gegen die südafrikanischen Republiken und gegen Portugal wendet. Dem Transvaal- und dem Orange-Freistaat wird damit die nach dem Norden hin geplante und damit überhaupt jede Gebietsausdehnung abgeschnitten. Portugal, welches den größten Theil des nunnmehr unter britischen Schutz gestellten Territoriums als sein eigen erklärte, wird einfach zur Seite geschoben und über seinen Besitzanspruch zur Tagesordnung übergegangen. Ob der Transvaal und Portugal sich dem Wachtsthum Englands ohne Weiteres fügen werden, erscheint sehr fraglich; sie sind aber nicht die Einzigen, welche die Annahme Englands bitter empfinden werden; der breite Streifen Afrika, den nun England seinem Einflusse unterwirft, wurde auch von anderen kolonialstrebenden Nationen mit listernem Auge betrachtet, und England muß sich darauf gefaßt machen, energischen Protesten gegen sein fühnes Zugreifen zu begegnen. Die mehrmonatliche Verzögerung der Ausführung des gehegten, an dieser Stelle f. Z. ausführlich besprochenen Planes, weist deutlich darauf hin, daß gewichtige Bedenken überdunnen werden mußten, ehe der gewichtige Schritt unternommen wurde, und es unterliegt keinem Zweifel, daß sich Lord Salisbury vorher der Zustimmung Deutschlands und wohl auch Italiens zu versichern bemüht gewesen ist, und daß er diese Zustimmung auch erhalten hat. Daß es ohne Gegengabe nicht abgegangen, läßt sich denken; welcher Art es war, dürfte aber erst die Zukunft lehren.

Unter allen Umständen haben sich Deutschland und Italien mit dem ihnen gegenwärtig zugewandten Besitze an der Ostküste Afrikas zufriedengestellt erklärt und haben England den Vorwand an dem noch unausgeschlachteten Theile des dunklen Kontinents überlassen. Von Mombasa bis zum Kaplande zieht sich nun ununterbrochen britisches Gebiet hin — ein neues Kaiserreich mit einer Zukunft, welche sich selbst die dunkelste Phantasie nicht ganz ausmalen kann. England wird wahrscheinlich seine jetzt erhobenen Besitzansprüche zu verteidigen haben; allein der feste Bissen ist es werth, und das Opfer wird gebracht werden!

London, 23. Oktober. Der Korrespondent der „Times“ berichtet aus Konstantinopel, die Botschaft sei offiziell von Berlin benachrichtigt, **Kürk Bismarck** habe selbst nicht annähernd die **Balkan Frage** mit dem Jaren erörtert. Die politische Lage bleibe unverändert.

London, 23. Oktober. (V. L.) Das Blatt „Truth“ versichert, daß der Gesundheitszustand des **Prinzen von Wales** andauernd schwere Besorgnisse erzeuge, und daß seine jetzige Reise nach Italien gegen den Rath der Aerzte unternommen sei, welche von den unvermeidlichen Anstrengungen schlimme Folgen befürchten.

Southport, 23. Oktober. In einer heute hier abgehaltenen liberalen Versammlung hielt **Gladstone** eine Rede. Die auswärtigen Angelegenheiten kurz berührend, erwähnte der Redner die neulichen Gerüchte über ernste Mißwirtschaft in Aetia und Armenien und bemerkte dabei, es sei zu befürchten, daß die **unausgeseht schlechte Regierung der Türkei** eine beständige Drohung für Europa werde. Bezüglich der inneren Angelegenheiten sei es ihm unmöglich, den Plan der zukünftigen liberalen Politik darzulegen. Das Programm der liberalen Partei lie aber in den Hauptfachen schon bekannt. Die irische Frage überwiege immer noch alle anderen; die jüngsten Wahlergebnisse seien für die liberale Partei sehr ermutigend und enthielten zugleich eine Warnung für die Konservern, daß England zuletzt doch die irischen Forderungen zu geben werde.

Dänemark.

Kopenhagen, 22. Oktober. Der Finanzminister hat im **Folksting** heute eine Vorlage eingebracht, nach welcher eine Viertersteuer von **7 Kronen per Tonne** oder 2 Derr per Halbfasse erhoben werden soll. Der Minister führte aus, daß sich der Ertrag aus dieser Steuer auf ca. 11 Millionen belaufen werde, wovon 4 1/2 Millionen, mit etwa 2 Kronen per Kopf, unter die Kommunen vertheilt werden würden. Bei Annahme des Gesetzes würde eine Zollreform beantragen, nach welcher der Kaffe Zoll ermäßigt, der auf Wein und Spirituosen aber erhöht werden solle.

Rußland.

Miga. Im hiesigen Dom ist ein **Hohenzoller** begraben, der letzte, 1563 gestorbene Erzbischof von Miga, Markgraf Wilhelm von Brandenburg, Bruder Albrechts, des ersten Herzogs in Preußen. Eine seinerne Platte, auf welcher die Gestalt des Erzbischofs im priesterlichen Gewande ruht, deckt das Grab. Leider ist dieses aus dem 16. Jahrhundert stammende Denkmal schlecht erhalten, es ließe sich aber, der „Köln. Ztg.“ zufolge, gewiß ganz gut erneuern, sobald die dazu erforderlichen Mittel bereit gestellt würden. Der Lebensgang dieses Erzbischofs ist vor Kurzem nicht nur vom Gymnasiallehrer Dr. Bolte in einer Sitzung des mächtigen Geschichtsvereins zu Berlin geschildert worden, auch eine Festschrift in den Mittheilungen aus der städtischen Geschichte“ erschienene Abhandlung des Dr. J. Girgensohn beschäftigt sich mit der Jugendgeschichte des 1488 in Ansbach geborenen Markgrafen.

Bulgarien.

Sofia, 23. Oktober. In Folge geänderter Reisedispositionen wird Prinz Ferdinand'schen Anfang nächster Woche hier zurück zu warten.

Türkei.

Konstantinopel, 23. Oktober. Die Berichte Schahir Paschas konstatiren die vollständige Pazifizierung Aetias.

Afrika.

Sansibar. Ueber die Hospitalverhältnisse in Sansibar dürften einige

Paris, 23. Oktober, Nachmittags. Roh-
er (Schlußbericht) 88% ruhig, loco
Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per
Kilogramm per Oktober 31,75, per November
32,00, per Oktober-Januar 32,00, per Januar
32,80.

London, 23. Oktober. 96% Java-Zucker
träge, Rübenroh-Zucker neue Ernte
Oktober 11½ träge. Centrifugal Cuba —.

London, 23. Oktober. Chili-Kupfer
per 3 Monat 42,25.

Glasgow, 23. Oktober, Nachmittags. Roh-
(Schlußbericht.) Mixed numbers War-
55 5h. 4 d.

Newyork, 23. Oktober. Wechsel auf London
Petroleum in Newyork 7,20, in
Philadelphia 7,20, rohes (Marke Parkers) 7,55,
line certificates per November 1 D. 02½, C.
1 2 D. 80 C. Rother Winter-
zen — D. 83 C. Weizen per lau-
a Monat — D. 82½ C., per November
D. 82½ C., per December — D. 84½ C.
reidefracht 6. Mais 40. Zucker
Schmalz loco 6,90. Kaffee loco
Rio Nr. 3 19,25. Kaffee per November
Rio Nr. 7 15,02. Kaffee per Januar
Rio Nr. 7 15,02. Weizen (Langs-Kleins-
December 83¾.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, 23. Oktober. Die Gesand-
t des Sultans von Sansibar ist heute
London abgereist.

Wien, 23. Oktober. In der heutigen Zwei-
Planarung der evangelischen General-
erhielt das Präsidium die Ermächtigung,
württembergischen Königshaufe anlässlich des
statutes auf den Prinzen Wilhelm die freun-
Gefühle der Generalisynode über die Ab-
gung der Gefahr zu übermitteln.

Wien, 23. Oktober. Das „Freundenblatt“
richt die Entree der Kaiser von Ruß-
und von Deutschland und hebt hervor,
i dabei sicherlich auch den Bemühungen des
Gefanzlers gelungen, den Kaiser von Rußland
die wahren Intentionen des Friedensbundes
theilen und das durch verschiedenartige Ein-
errungen genährte Mißtrauen und die künst-
hervergerufene Spannung zwischen den bei-
Herrschern und den beiden Reichen zu be-
gen. Nachdem der Kaiser von Rußland einen
ren Blick für die Ziele Deutschlands und
ren Verbündeten gewonnen habe, sei die Hoff-
g gerechtfertigt, daß sich auch die Stimmung
politischen Kreise Rußlands ändern werde.
n erst werde Europa eine dauerhafte Be-
ung als das Resultat der Entree begrüßen
den. Als, welche den Frieden loyal winden,
n die beunruhigende Bedeutung der Entree
irrigt. So konnte die deutsche Adressen-
vollem Rechte auf die Erklarung des Ver-
nisses zu der deutschen Politik im Auslande
weisen und daraus für Europa eine weitere
gesicherten Friedens ableiten.

Insbruck, 23. Oktober. Die Abgeord-

Asien.

zung und eines eigenen Landtages für Wälsch-
t eingebraucht, die Vorlage eines solchen Ge-
setzes solle spätestens in der nächsten Ses-
sion gemacht werden. Der Antrag steht auf der
Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Bara, 23. Oktober. Der Gildampfer des
reichlichen Lloyd „Ferdinand Max“ be-

America.

Bern, 23. Oktober. Der Ingenieur der
Nig-Bahn, Trantweiler, hat ein Gefuch um
Lession für den Bau einer **Bahn auf die
Graugau** eingereicht. Vorgelesen ist ein Köb-
umel in vier Abtheilungen. Die Anlage soll
Fuße bis zur Spitze des Berges unterirdisch
Die Kosten für den Bau find auf 5¹/₂
tionen veranschlagt, der Fahrpreis dürfte sich
65 Franks, bei großem Verkehr eventuell
eigen stellen. Bei einer Frequenz von 8000
onen dürfte sich ein Ertrag von 7 Prozent
ben.

Luzernburg, 23. Oktober. Staatsminister
hen, der kürzlich dem Herzog **Adolf von
sau** in Schloß Hohenburg einen Besuch ab-
ete, ist nach dem Haag abgereist. Diese
e wird mit den Abaufungsplänen König
elms in Zusammenhang gebracht. — Graf
mburg hat sein Mandat als Abgeordneter für
mburg niedergelegt.

Brüssel, 23. Oktober. Die „Independance“
tigt die bevorstehende **Abdankung des
dits von Holland** als Großherzog von

Washington, 23. Oktober. Der interna-

Paris, 23. October. Leon Say beschloß die Rückernstung der Prinzen zu be-
tragen. — Die Streikbewegung in Nord-
frankreich wächst neuerdings.
London, 23. October. Der Zustand des
griechischen Throns erwankte. Ipharodoten

Stettiner Nachrichten.

tern ist heute ein **Streit** ausgebrochen; **10 Arbeiter** haben bereits die Arbeit ein-
gestellt.
Belgrad, 23. Oktober. Stupischina. Bei
heute fortgesetzten **Verifikations-Debatte**
trieb die Opposition heftige Angriffe gegen die
Regierung wegen ihres Verhaltens bei den
Wahlen. Morgen dürfte die **Abreß-Debatte** be-
ginnen.
Konstantinopel, 23. Oktober. **Drummond**
ist gestern Nachmittag auf dem englischen
Kriegsschiff „Imogene“ nach Batum abgereist,
sich nach Teheran zu begeben.
Teheran, 23. Oktober. Die kaiserliche per-
sische Bant ist heute eröffnet worden, der Ge-
schäftsbetrieb hat begonnen.

Privat-Depeschen der Stettiner
Zeitung.
München, 24. Oktober. Im Finanzaus-

Aus den Provinzen.

Belgrad, 23. Oktober. Schupstina. Bei heute fortgesetzten Verifikations-Debatte die Opposition heftige Angriffe gegen die Regierung wegen ihres Verhaltens bei den Gleit. Morgen dürfte die Abrech-Debatte beenden.

Konstantinopel, 23. Oktober. Drummond ist gestern Nachmittag auf dem englischen Schiffschiff „Imogene“ nach Batum abgereist, sich nach Teheran zu begeben.

Teheran, 23. Oktober. Die kaiserlich ver-

Der Betrieb hat begonnen.

Privat-Depeschen der Stettiner Zeitung.

München, 24. Oktober. Im Finanzaus-

Professor: „Können Sie

München, 24. Oktober. Im Finanzausschusse bezeichnete der Ministerpräsident anlässlich Etatsberathung der Zivilliste den Krankheitszustand des Königs Otto als unverändert. König

und der Minister Luz und Traillsheim in
steuert seines Zustandes unbewußt gewesen,
Aussehen hager, blaß und bartlos, die Nah-
saufnahme sei unregelmäßig. Die Zeitungs-
aufnahme sei unregelmäßig.

Schiffsbewegung.

...tätigt sich, indeß ist der bauliche Zustand des
...losses nunmehr durchaus gut. Die Anregung
Abgeordneten um regelmäßige Bulletins ver-
...ch der Ministerpräses dem Prinz = Regenten

Börsen-Berichte.

in gewannen den bisherigen ultramontanen
Höftig.